

Der Militarisierung widerstehen
Der Beitrag von Christ*innen und Kirchen in Europa zu Gerechtigkeit und Frieden
Nürnberger Evangelisches Forum für den Frieden, 23.10.2017

Vorwort

Ich gehöre zu dem europäischen Netzwerk ‚Church and Peace‘. Das ist der Zusammenschluss von historischen Friedenskirchen wie den Mennoniten und Quäkern, von Friedensorganisationen, Gemeinden und Einzelpersonen, Kommunitäten wie die Christusbruderschaft Selbitz oder der Laurentiuskonvent, die Arbeitsgruppe Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung der Kommission für diakonische und gesellschaftspolitische Verantwortung der Ev.-Methodistischen Kirche in Deutschland und auch der Badischen Landeskirche. Wir bilden ein Netzwerk aus vierzehn europäischen Ländern - darunter Albanien, Kosovo/a, Kroatien, Mazedonien und Serbien. Zu uns gehören Menschen, die in ihrem eigenen Umfeld oder in Friedenseinsätzen die Gewaltfreiheit üben und leben.

Die Wurzeln von Church and Peace liegen in Fragestellungen der Nachkriegszeit:

- Warum konnten die Kirchen die beiden Weltkriege nicht verhindern?
- Warum haben sie den Krieg akzeptiert und sogar versucht, Kriege zu rechtfertigen?
- Sollten die Kirchen nicht eigentlich in der Nachfolge Jesu den Weg der Gewaltlosigkeit leben?

Auch Maria Biedrawa gehört zu uns, katholische Friedensdiakonin und Trainerin für Gewaltfreiheit, die Friedensstifter*innen südlich der Sahara in Afrika begleitet. Eine Erfahrung, die sie mit uns geteilt hat, hat mich sehr berührt:

„In einem Flüchtlingslager in Malawi begegne ich einem Mann, der gefoltert wurde. Er zeigt mir seine schwer zu ertragenden Narben. Später kommt sein Peiniger ebenfalls in dieses Lager und wird sein Nachbar. Es herrscht die pure Angst. Dieser Flüchtling hat genug Geld gespart, um seinen Peiniger ermorden zu lassen. Als er mit mir darüber spricht, habe ich den Eindruck, dass dieses Projekt schon recht fortgeschritten ist. Ich habe einen trockenen Mund. Die Angst hat etwas Ansteckendes. Was kann man sagen, wenn es keine Worte gibt?

Er kommt abends zu mir, um seinen Plan detailliert darzustellen. Ich habe keine Worte vor so viel Schmerz. Etwas in mir bringt mich dazu, die Hände des jungen Mannes in meine zu nehmen. Ich höre mich selber sagen: „Du wirst es nicht tun und ich werde dir sagen, warum.“ Ich erschrecke vor meinen eigenen Worten, denn ich habe keine Ahnung des „warum nicht“! Was bin ich für ein Dummkopf, um mir selber diese Falle zu stellen! Wir schweigen lange und ich sehe wie sich sein Gesicht mit Schmerz überzieht, als stünde er seinem Peiniger gegenüber. Er flüstert: „Warum denn nicht?“ Ich höre mich sagen: „Weil du ihm dann ähnlich würdest.“ Sein Gesicht entspannt sich und leuchtet auf, er hat Tränen in den Augen. „Und wenn ich die Wahrheit schreiben würde, die ganze Wahrheit, von der ich Zeuge bin? Eines Tages wird sie ans Licht kommen und ich werde dazu beigetragen haben, dass sie bekannt ist.“

Maria sagt dazu: Gefährdete, bedrohte Menschen brauchen emotionale Sicherheit, Nischen, in denen sie sich sicher fühlen können, zuversichtlich, zugehörig, sie brauchen Gleichgesinnte und dass jemand sie versteht – und das Wissen, dass jemand aufstehen wird, wenn sie von einem Einsatz nicht zurückkehren, dass sie nicht vergessen werden. Viel mehr als um Geld bitten sie, oft bei der Abreise, in einer SMS: 'Vergiss mich nicht.'

Das ist Friedensarbeit!

(http://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2017/06/Vortrag_Maria_Biedrawa_D.pdf)

Die Methoden, mit denen die einzelnen Kirchen, Gruppen und Akteure von Church and Peace nach Innen und Außen ihren Alltag gestalten, umfassen die ganze Fülle der jahre- und jahrhundertelangen spirituellen, kommunitären und gewaltfreien Lebensformen: Gebet, Fasten und Gottesdienst; Leben in Gemeinschaft; Gastfreundschaft; theologische Ausbildung und Reflexion; Mediation, gewaltfreie Trainings und Konfliktbearbeitung; Friedenserziehung in Schulen und andernorts; Gefängnisarbeit; Betreuung von Flüchtlingen; Zivil- und Friedensdienst; Kampagne für eine Friedenssteuer, für Abrüstung und Demilitarisierung; gewaltfreie direkte Aktion; Traumaberatung; Lobbyarbeit bei Regierungsstellen; Friedenseinsätze in akuten Konfliktgebieten; Entwicklung alternativer Wirtschaftsstrukturen; interreligiöser Dialog ... und wachsen in der gemeinsamen Praxis, in der Reflexion und dem Austausch miteinander.

I. Die Zusammenarbeit der Kirchen in Europa – ein Friedensprojekt

Ich erinnere: Die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) haben 1989 zu einer ersten Europäischen Ökumenischen Versammlung (EÖV) für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung nach Basel eingeladen. 1989 geschah dies in einer Phase, in der der Umbruch 1990, der Fall des sog. eisernen Vorhangs in Europa, vorauszuahnen war. 1997 dann nach den Enttäuschungen angesichts des Golfkrieges und über den blutigen Zerfalls des ehemaligen Jugoslawien war das Thema der 2. EÖV: 'Versöhnung - Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens'. Damit wurde signalisiert, wie versöhnungsbedürftig das Verhältnis der Kirchen in Europa, insbesondere zwischen Ost und West war, wie dringend die Kirchen ihren Versöhnungsauftrag für die Welt wahrnehmen müssen - und wie groß und aus eigener Kraft nicht zu bewältigen die gemeinsamen Aufgaben sind.

Die katholischen Bischofskonferenzen und die 104 protestantischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen der KEK haben sich 2001 in der Charta Oecumenica verpflichtet, in der Nachfolge Jesu Christi für Versöhnung und Frieden einzutreten.

In dem Abschnitt 'Unsere Verantwortung in Europa' heißt es:

„...Die Kirchen fördern eine Einigung des europäischen Kontinents. Ohne gemeinsame Werte ist die Einheit dauerhaft nicht zu erreichen. Wir sind überzeugt, dass das spirituelle Erbe des Christentums eine inspirierende Kraft zur Bereicherung Europas darstellt. Aufgrund unseres christlichen Glaubens setzen wir uns für ein humanes und soziales Europa ein, in dem die Menschenrechte und Grundwerte des Friedens, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Toleranz, der Partizipation und der Solidarität zur Geltung kommen. Wir betonen die Ehrfurcht vor dem Leben, den Wert von Ehe und Familie, den vorrangigen Einsatz für die Armen, die Bereitschaft zur Vergebung und in allem die Barmherzigkeit. Als Kirchen und als internationale Gemeinschaften müssen wir der Gefahr entgegentreten, dass Europa sich zu einem integrierten Westen und einem desintegrierten Osten entwickelt. Auch das Nord-Süd-Gefälle ist zu beachten. Zugleich ist jeder Eurozentrismus zu vermeiden und die Verantwortung Europas für die ganze Menschheit zu stärken, besonders für die Armen in der ganzen Welt.“ (Charta Oecumenica III.7, <http://www.ceceurope.org/wp-content/uploads/2015/07/ChartaOecumenicaDE.pdf>) Und später heißt es: „Wir engagieren uns für eine Friedensordnung auf der Grundlage gewaltfreier Konfliktlösungen.“ (III.8)

Die Dritte Europäische Ökumenische Versammlung 2007 in Sibiu/ Rumänien formuliert in ihrer Schlussbotschaft:

„Das Wort Gottes fordert uns auf, nicht das wertvolle Erbe jener zu verschwenden, die sich in den vergangenen sechzig Jahren für Frieden und Einheit in Europa eingesetzt haben. Der Friede ist ein grossartiges und wertvolles Geschenk. Ganze Länder sehnen sich nach Frieden, ganze Völker warten

darauf, von Gewalt und Terror befreit zu werden. Nachdrücklich verpflichten wir uns zu erneuerten Bemühungen auf dieses Ziel zu. Wir lehnen Krieg als Instrument zur Konfliktlösung ab, fördern gewaltfreie Mittel zur Schlichtung von Konflikten und sind besorgt angesichts der militärischen Wiederaufrüstung. Gewalt und Terrorismus im Namen der Religion widersprechen der Religion.' (https://www.ack-asg.ch/images/dokumente/Schlussbotschaft_Sibiu.pdf, S.3)

Dies geschieht ja seit Jahrzehnten durch eine Vielzahl von Begegnungen, Friedens- und Versöhnungsinitiativen, Netzwerken, Projekten auf der Ebene von Gemeinden, Gruppen, Landeskirchen, Diözesen, Werken, Verbänden, Gruppen. Und immer wieder müssen wir uns daraufhin befragen (lassen), was wir als Christinnen und Christen zum Abbau von Feindbildern, zum Aufbau von Vertrauen, zur Versöhnung, zu nachhaltiger Entwicklung beitragen – aber auch, wie wir die friedenspolitischen Diskussionen in den Kirchen und auf internationaler Ebene mitgestalten.

II. Die internationale ökumenische Debatte

Im November 2013 fand Vollversammlung des ÖRK in Busan statt. Dort wurde der bei der Friedenskonvokation in Jamaika – zum Ende der Dekade zur Überwindung von Gewalt - vorbereitete Paradigmenwechsel vom theologischen Konzept des ‚Gerechten Krieges‘ hin zum ‚Gerechten Frieden‘ beschlossen und zum ‚Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens‘ aufgerufen - eine große Chance für die Kirchen weltweit wie für jede Gruppe und Gemeinde vor Ort.

Im Aufruf „Gerechter Friede“ des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Kingston/Jamaika heißt es: „Im Bewusstsein der Grenzen von Sprache und Verstehen schlagen wir vor, gerechten Frieden als einen kollektiven und dynamischen, doch zugleich fest verankerten Prozess zu verstehen, der darauf ausgerichtet ist, dass Menschen frei von Angst und Not leben können, dass sie Feindschaft, Diskriminierung und Unterdrückung überwinden und die Voraussetzungen schaffen können für gerechte Beziehungen, die den Erfahrungen der am stärksten Gefährdeten Vorrang einräumen und die Integrität der Schöpfung achten.“

(<http://www.gewaltueberwinden.org/de/materialien/oerk-materialien/dokumente/erklarungen-zum-gerechten-friede/ein-oekumenischer-aufruf-zum-gerechten-frieden.html>, Abs.11)

Das Leitbild des gerechten Friedens wird in vier Bereichen entfaltet:

- a) Frieden in der Gemeinschaft – damit alle Menschen frei von Angst leben können
- b) Frieden mit der Erde – damit Leben erhalten bleibt
- c) Frieden in der Wirtschaft – damit alle in Würde leben können
- d) Frieden zwischen den Völkern – damit Menschenleben geschützt werden.

Leitende friedensethische Kriterien des gerechten Friedens zwischen den Völkern (d) sind im Rahmen des Konzeptes der „menschlichen Sicherheit“ u.a.:

- Konfliktprävention und Konflikttransformation,
- Rechtsstaatlichkeit,
- Herrschaft des Rechtes,
- Ablehnung von Gewalt,
- Stärkung der internationalen Menschenrechtsnormen,
- Ablehnung von Fremdenfeindlichkeit und ethnischer Gewalt, Massenvernichtungsmitteln wie Atomwaffen und Exporten von Klein- und Kriegswaffen, und
- Die Stärkung der Zivilgesellschaft

III. Geschichte: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Dies als Hintergrund im Blick auf die ökumenischen Prozesse - und nun zur Europäischen Union: In Art.2 des Lissabon-Vertrages heißt es: „Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“

Und in Artikel 3.1: „Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.“

Artikel 3.5 fährt fort: „In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen und trägt zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger bei. Sie leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.“ (<http://eurlex.europa.eu/legalcontent/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2010:083:FULL&from=DE>)

Die Europäische Union (EU) hat also die Aufgabe, zur Wahrung, Förderung und Erneuerung des Friedens beizutragen. Im Lissabon-Vertrag wird an erster und oberster Stelle der Frieden genannt. Insbesondere verpflichtet sich die EU zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen. Damit wird implizit der Vorrang von ziviler Konfliktschlichtung vor militärischen Maßnahmen (UN-Charta Kap. 7) und die Notwendigkeit der Mandatierung für militärische Missionen anerkannt.

Im Rahmen der Finanziellen Vorausschau der EU für 2007-2013 wurde die gemeinschaftliche Außenpolitik mit der Verabschiedung von neuen Außenpolitikinstrumenten auf eine neue Grundlage gestellt. Darunter ist das ‚Instrument für Stabilität und Frieden‘ (IcSP), welches zivile sicherheitspolitische Maßnahmen der Kommission ab 2007 unterhalb der Schwelle militärischer Einsätze finanzieren soll. Das aktuelle Budget von 2,3 Mrd. EUR für 2014-2018 dient sowohl dazu, die EU-Politik in den Bereichen schnelle Krisenreaktion mit zivilen Mitteln, insbesondere Unterstützung humanitärer Maßnahmen zu stärken, wie für Zivile Konfliktverhütung und Friedenskonsolidierung durch Unterstützung der UN, für Kapazitätsbildung zivilgesellschaftlicher Initiativen, darunter insbesondere Mediation, Dialog und Unterstützung von Aussöhnungsprozessen. Des Weiteren wird es auch für die Vorbereitung von Polizisten auf internationale Polizeieinsätze, Kampf gegen Kleinwaffen und Minen oder die Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Kämpfer, auch Kindersoldaten genutzt. IcSP ist das einzige Haushaltsinstrument der EU für zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Ein riesiges Aufgabenfeld!

IV. Aktuelle Entwicklungen: Ein starkes Europa – zivil und/oder militärisch?

Was bedeutet Sicherheit? Was ist ein starkes Europa?

Darum gibt es Streit: Streit um die zunehmende Militarisierung der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), aber leider nicht genug, zumindest nicht im Deutschen Bundestag und im Europaparlament. Da sind es nur die kleineren Fraktionen von Grünen und Linken, die versuchen, der Entwicklung etwas entgegenzusetzen, unterstützt von einigen Verlässlichen innerhalb der größeren Parteien – und Friedensengagierten in Kirche und Gesellschaft.

Begründet wird die Entwicklung, die besonders von der deutschen und der französischen Regierung initiiert wurde, mit der Notwendigkeit, nun endlich etwas Wirkungsvolles für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zu tun:

Nun endlich – nach den ‚überraschenden‘ Flüchtlingsströmen aus Kriegs- bzw. Krisengebieten im Nahen Osten und einigen Regionen Afrikas.

Nun endlich – nach den verheerenden Terroranschlägen in verschiedenen europäischen Städten. Europa ist ja im Krieg: nach den Terroranschlägen in Paris am 13. November 2015 hat der französische Präsident den Kriegszustand erklärt, am 21. Januar 2016 hat dann das Europaparlament als Reaktion darauf die EntschlieÙung zur Beistandsklausel (Artikel 42(7) EUV) beschlossen.

Es geht um zwei Richtungen: Europa nach außen abzuschotten vor denen, die nicht hineinkommen sollen – und Europa nach innen zu schützen vor den sog. ‚Gefährdern‘.

Und die dritte Herausforderung ist für die EU-Staaten, die zugleich Mitglied der NATO sind, die enge Verflechtung im transatlantischen Bündnis, z.B. die militärische Präsenz an der östlichen Grenze der EU Richtung Russland oder die Unterstützung von Luftangriffen in Syrien...

Das gemeinsame Handeln der EU Mitgliedstaaten in Fragen der Militärpolitik ist bisher eine freiwillige Koordination von einzelstaatlichen Akteuren und zusammengestellt aus Akteuren bzw. Truppen der Mitgliedsstaaten.

Als Antwort auf die aktuellen Krisen hat Federica Mogherini, die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, am 28. Juni 2016 eine neue Außen- und Sicherheitsstrategie der EU vorgestellt. Darin plädiert sie für ein starkes Europa, das größere Verantwortung für seine Sicherheit übernimmt und das in der Lage ist abzuschrecken sowie dazu, auf Bedrohungen von außen wirkungsvoll zu antworten und uns gegen sie zu schützen. Mogherini behauptet, dass eine glaubwürdige Union insbesondere mehr Investitionen in Verteidigung brauche. (s. http://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2017/06/CP-PM-EU-D_7-2016.pdf)

Zu begrüßen ist der Entwurf für ein kohärentes Konzept der Außen-, Entwicklungs-, Klima- und Menschenrechtspolitik in Teilen des Mogherini-Konzeptes wie etwa unter der Überschrift ‚Integrativer Zugang zu Konflikten‘ mit dem Ansatz, in allen Stadien eines Konfliktzyklus zu agieren, oder dem Stichwort ‚Pre-emptive Peace‘. Jedoch dominieren die militärischen Optionen inklusive der entsprechenden menschlichen und finanziellen Ressourcen im Umsetzungs-kapitel.

Eine Weichenstellung in Richtung der EU als militärischem Akteur sind die Erweiterungspläne für das Instrument für Stabilität und Frieden (IcSP), die kurz vor der Sommerpause 2016 vorgestellt wurden. Das finanziell sehr begrenzte Budget für den so großen, wichtigen Aufgabenbereich soll nun um 100 Mill € aufgestockt und seine Einsatzmöglichkeiten erweitert werden um das Ziel der ‚militärischen Ertüchtigung von Drittstaaten‘, d.h. vor allem afrikanischer Staaten..

Viele kirchliche und nichtkirchliche Akteure wie Brot für die Welt, AGDF, VEF, Konferenz Europäischer Kirchen, VENRO und vor der Schlussabstimmung im Auswärtigen Ausschuss des Europaparlamentes dann der Friedensbeauftragte der EKD haben vor diesem Paradigmenwechsel gewarnt.

Church and Peace hat ebenfalls diese Entwicklung umgehend kritisiert: „Angesichts der Fülle von Aufgaben im Bereich ziviler Friedensarbeit ist der Vorschlag der EU-Kommission inakzeptabel, aus einem politisch mühsam errungenen und sehr begrenzten zivilen Budget in Zukunft militärische Ertüchtigung zu finanzieren.“

Ein weiterer Aspekt: Bislang werden EU-Haushaltsmittel nur für rein zivile Maßnahmen eingesetzt. Entsprechend gibt es bisher keinen europäischen Verteidigungshaushalt, dieser würde so durch die Hintertür eingeführt. Die von der Europäischen Kommission dafür geplanten zusätzlichen 100 Millionen Euro sind ein Türöffner für die Militarisierung des EU-Haushaltes.

„Dieser Vorschlag ist so allgemein und allumfassend formuliert, dass er nicht dazu geeignet ist, Instabilität, Konflikte und andere Fluchtursachen zu bekämpfen, sondern er hat im Gegenteil das Potential, geächtete Regimes und ihre Armeen und Milizen zu stärken“, warnte Church and Peace im Herbst 2016. „Zwar sind laut Kommission Munition und Waffen ausgeschlossen, doch sind die Leistungen dermaßen weit gefasst, dass die EU damit zum Exporteur von Militärgütern und Dienstleistungen, z.B. für den Bau von Militärbasen, die Bereitstellung von Kommunikationssystemen und aktuellen Lagebildern werden würde - Maßnahmen, die ebenso kriegsentscheidend sind wie tödliche Waffen. „Diese Politik ist ganz im Geiste dessen, was die deutsche Verteidigungsministerin seit Jahren unter nationaler militärischer Ertüchtigungsinitiative vorantreibt. Wir sind entsetzt darüber, dass sich dieser Ansatz nun auch in der Globalen Strategie der EU wiederfindet, die die Außenbeauftragte Mogherini Ende Juni 2016 vorgelegt hat. Wir kritisieren die darin enthaltene Idee, dass Entwicklungspolitik flexibler werden müsse und an unsere strategischen Prioritäten anzupassen sei.

Wir warnen eindrücklich vor einem solch tiefgreifenden Paradigmenwechsel. Dieser Vorschlag ist ein weiterer Schritt dahin, dass Gelder für Friedensarbeit und Entwicklungshilfe zunehmend für andere Zielsetzungen wie den Aufbau militärischer Fähigkeiten oder Migrationskontrolle instrumentalisiert werden. Eine Außenpolitik, die von good governance, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung redet, wird dadurch unglaubwürdig und die militärische Abschreckung von Flüchtlingen ersetzt die Bekämpfung der Ursachen von bewaffneten Konflikten.“

(http://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2017/06/CP-PM-EU-IcSP-D_10-2016.pdf)

Das Stichwort Paradigmenwechsel war berechtigt, denn am 7. Juni dieses Jahres veröffentlichte die Europäische Kommission folgende Pressemitteilung:

„Die Kommission ruft heute einen Europäischen Verteidigungsfonds ins Leben, der es den Mitgliedstaaten erleichtern soll, das Geld des Steuerzahlers effizienter zu investieren, unnötige Mehrfachausgaben zu vermeiden und kostengünstiger zu wirtschaften...Mit ihm werden die Investitionen, die auf nationaler Ebene in die Verteidigungsforschung, die Entwicklung von Prototypen und die Beschaffung von Verteidigungsgütern und -technologien fließen, koordiniert, ergänzt und verstärkt.“ Jyrki Katainen, für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständiger Vizepräsident, erklärte: „In ganz Europa machen sich die Menschen Sorgen über ihre Sicherheit und die ihrer Kinder. Wir müssen in diesem Bereich mehr tun und besser werden. Dafür müssen wir unsere Zusammenarbeit mit der NATO ausbauen. Heute zeigen wir, dass wir Worten Taten folgen lassen. Der Fonds dient als Triebfeder für eine leistungsfähige europäische Verteidigungsindustrie, die vollständig kompatible Spitzentechnologie und hochmoderne Ausrüstungen entwickelt. Die Mitgliedstaaten bleiben dabei bestimmend, können aber mehr aus ihren Geldern machen – und letztlich an Einfluss gewinnen.“ Elżbieta Bieńkowska, die für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU verantwortliche Kommissarin, fügte hinzu: „Europa muss zum Sicherheitsgaranten werden.“ (http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1516_de.htm)

Mit dem Fonds werden die gemeinsame Verteidigungsforschung und die Entwicklung von Verteidigungsfähigkeiten gefördert. Von ihm gehen ganz neue Impulse für die strategische Autonomie der EU und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verteidigungsindustrie aus.

Mit entschiedenem Widerspruch reagierte die Mitgliederversammlung von Church and Peace bei ihrer Jahresversammlung vom 9. - 11.06.2017 in Straßburg auf die Vorschläge der EU Kommission – auf die Mitteilung zu einem neuen europäischen Rüstungsfonds, dem Vorschlag für eine Verordnung zur finanziellen Unterstützung der europäischen Rüstungsindustrie und dem Reflexionspapier mit möglichen Zukunftsszenarien. (<http://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2017/06/PM6-17-finV-D.pdf>)

„Statt etwa die nationalen Rüstungsprojekte aufeinander abzustimmen und damit erhebliche Gelder einzusparen, sollen also laut der Kommission Gelder aus dem laufenden, bislang zivilen EU-Haushalt investiert werden. Mit der Begründung „Unsere Sicherheit (wird) durch die zunehmende Instabilität in der Nachbarschaft Europas und in der Welt sowie durch neue Bedrohungen aufgrund wirtschaftlicher, ökologischer und technologischer Faktoren gefährdet“ wird in zwei der drei Zukunftsszenarien eine Perspektive für eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungsunion entwickelt. Die flankierenden Vorschläge zum Rüstungsfond und der Verordnung zur Förderung der europäischen Rüstungsindustrie legen nahe, dass aus einer ganzen Reihe bislang ziviler Haushaltsmittel und Instrumente bis 2020 weit über 600 Millionen in die europäische Rüstungsindustrie abgezogen werden sollen. Dies würde nicht nur den Haushalt, sondern auch den Charakter der Europäischen Union grundlegend verändern.

Die Mitgliederversammlung erwartet von den europäischen Kirchen wie vom Europäischen Parlament, der massiven ‚Militarisierung‘ von EU-Geldern für Rüstung und Verteidigungskapazitäten die Forderung nach einer kohärenten und entsprechend finanzierten Friedenspolitik auf der Basis der UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) entgegenzusetzen. Sie ist überzeugt, dass ein Militarisierungsprojekt nicht das in die EU verloren gegangene Vertrauen zurückgewinnen, sondern vielmehr zur weiteren Entfremdung beitragen wird.“

Ein starkes Europa - für uns bedeutet das: Ein Europa, das mit allen Kräfte an den Ursachen von Konflikten und Flucht arbeitet, d.h. für die Einhaltung der Menschenrechte (also keine Zusammenarbeit mit menschenverachtenden Regimen), nachhaltige Entwicklung, Sicherheit in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, Willkommen und Schutz für bedrohte Menschen, faire Beziehungen zu den Regionen weltweit - und eine umfassende und konsequente Stärkung der zivilen Konfliktbearbeitung...eine Fülle von Aufgaben, für die es eine Fülle von menschlichen und finanziellen Ressourcen braucht!

Ja, die Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) ist ein Paradigmenwechsel. Die Förderung erfolgt in den zwei Bereichen Forschung und Entwicklung bzw. Beschaffung. Die Forschungsförderung ist bereits angelaufen und soll Technologien wie Robotertechnik oder verschlüsselte Software umfassen. Im Zeitraum 2017 bis 2019 wird die Kommission Unternehmen mit zunächst 90 Mio. Euro aus dem EU-Budget unterstützen. Die Finanzierung soll sich im Rahmen eines Verteidigungsforschungsprogramms im nächsten mehrjährigen EU-Finanzplan fortsetzen, für das ab 2020 jährlich 500 Mio. Euro vorgesehen sind.

Für die Entwicklung und Beschaffung will die Kommission im Zeitraum 2019 bis 2020 500 Mio. Euro bereitstellen. Derzeit arbeitet sie ein Programm aus, in dessen Zuge es gelingen soll, ab 2020 mit ca. einer Milliarde Euro jährlich zu fördern.

Das Geld muss aus den schon verteilten Haushaltsmitteln genommen werden – d.h. geplant ist aus Entwicklung/ Nachbarschaft/Ziviles Friedenssicherung – alles Bereiche, die eigentlich mehr Ressourcen brauchen als weniger. Die anvisierte Gesamtsumme sind jährlich insgesamt 5,5 Milliarden Euro ab 2020 aufbringen.

Zu hoffen ist, dass es darüber im Parlament einen heftigen Streit und heftigen Widerstand gibt – und dass Kirchen und zivilgesellschaftliche Gruppen diese Themen öffentlich machen und befeuern und so verhindern, dass die EU zum Militärprojekt wird.

V. Themen:

So ist die Lage auf europäischer Ebene. Darunter liegt eine Fülle grundsätzlicherer Themen. Zwei davon will ich ansprechen.

- Just Peace und die Responsibility to protect?

Die Debatte zum UN-Konzept der ‚Responsibility to Protect (R2P)‘, der Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft, also to prevent, to intervene, to rebuild...hat uns als C&P sehr beschäftigt, weil wir als europäisches Netzwerk in die Herausforderungen und Auseinandersetzungen um den Schutz bedrohter Menschen involviert sind, im Engagement von Gruppen, die Menschen begleiten, die Solidarität leben, die sich in ihrem Friedensdienst hingeben für Gerechtigkeit und Frieden in der Nachfolge Jesu.

Die Debatte beschäftigt uns auch, weil wir theologisch herausgefordert werden und in einem intensiven Prozess erfahren, dass wir unsere friedentheologische Position reflektieren und auf ihre ökumenische ‚Anschlussfähigkeit‘ hin befragen müssen.

Bei der Mitgliederversammlung im Mai 2008 haben wir uns intensiv mit der ökumenischen Debatte um R2P beschäftigt - das in dem 1. Entwurf einer Erklärung zum gerechten Frieden des ÖRK vorbehaltlos positiv beurteilt wurde - und eine grundlegende Stellungnahme erarbeitet, auf die wir uns im Laufe der weiteren Diskussionen immer wieder bezogen haben. Wir stellen fest:

„4. Begründet in unserem Verständnis der Nachfolge Jesu und des christlichen Friedensstiftens lehnen wir den Teil des Konzeptes von R2P ab, der den Militäreinsatz zum Schutz von bedrohten Völkern gestattet. Selbst wenn militärische Gewalt nur als „ultima ratio“ bereitgehalten wird, beeinflusst dies die Planung der zivilen Aktionen in den früheren Phasen des Konflikts, indem ein unangemessen großer Anteil der für die zivile Hilfe notwendigen Mittel verschlungen wird. Schon die Verfügbarkeit militärischer Mittel verstärkt die übliche Einstellung, dass ein Militäreinsatz die unvermeidliche Lösung ist.

5. Wir bleiben bei unserer Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung zur Durchsetzung guter Ziele, und sei es unter dem Vorwand „polizeilicher Gewalt“. In den von R2P angesprochenen Konflikten wird vom Einsatz militärischer Waffen ausgegangen. Diese Waffen würden unterschiedslos beteiligte und unbeteiligte Menschen verletzen und töten. Ihr Gebrauch hat nichts gemein mit den Verfahren, mit denen polizeiliche Einsätze im Rahmen nationaler Gesetzgebung gesteuert werden.

6. Auch in aussichtslos erscheinenden Situationen, in denen angesichts vorherrschender Gewalt der menschlich nachvollziehbare Hilferuf nach wirksamer Gegengewalt bei den Betroffenen und bei uns selbst laut wird, beharren wir auf gewaltlosen Mitteln gegenüber jedem Menschen - Mittel, die uns in der Nachfolge Jesu in reichem Maß zur Verfügung stehen. Wir fordern den verstärkten Einsatz von OSZE-Missionen (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und eine entschiedene Unterstützung gewaltfreier Interventionen durch Staat und Kirche nach dem Vorbild des Zivilen Friedensdienstes, der Christian-Peacemaker-Teams, des Ökumenischen Begleitprogramms für

Frieden in Palästina und Israel und der Internationalen Friedensbrigaden. Gewalt in jeglicher Form kann niemals einen dauerhaften Frieden in Gerechtigkeit erzielen, wohl aber der Weg der Nächsten- und Feindesliebe, zu dem wir aufgerufen sind. Wir laden alle Kirchen ein, mit uns der Versuchung zu widerstehen, den Gebrauch tödlicher Waffen - selbst als "ultima ratio" - zu rechtfertigen."
http://www.church-and-peace.org/fileadmin/downloads/Erklaerungen_Konferenzen/R2P-Deutsch.pdf

Im Konzept der ‚Gerechten Friedens‘ gibt es immer noch eine ‚ultima Ratio‘ der Gewalt, trotz des innerkirchlichen, ökumenischen Paradigmenwechsels vom ‚gerechten Krieg‘ zu ‚gerechten Frieden‘. Wir dürfen nicht nachlassen, den theologischen Diskurs engagiert weiterzuführen zwischen den Menschen und Kirchen, für die die Gewaltfreiheit auch als ‚ultima ratio‘ gilt und denjenigen, die um die Begrenzung der militärischen Gewalt ringen, sie aber noch als ‚ultima ratio‘ akzeptieren.

- Sicherheit und Verwundbarkeit

Für uns als Church and Peace hängt die eindeutige Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung mit dem Verständnis von Sicherheit zusammen, sowohl als gemeinsame Sicherheit aller Menschen, als auch als persönliche Sicherheit.

Wir haben gelernt, was der Begriff der „Verwundbarkeit“ (vulnerability) bedeutet und wie er mit dem Ansatz der „gemeinsamen Sicherheit“ korrespondiert.

In einer Studie der norwegischen lutherischen Kirche aus dem Jahre 2000 heißt es dazu:

„Jeder Mensch lebt von seiner Umgebung, kulturell und natürlich. Es ist nicht möglich, die Verwundbarkeit zu vermeiden. Die moderne Menschheit und Gesellschaft sind überrascht angesichts dieser unvermeidbaren Verwundbarkeit. Ein Traum von Unverwundbarkeit liegt hinter vielen der modernen menschlichen Fortschrittsversuche. Menschen haben ein grundsätzliches Recht darauf, dass man sich um sie sorgt und sie vor Unheil und Übel beschützt. Diese Verantwortung besteht füreinander als Menschen und Gemeinschaften. Trotz großartiger technologischer und materieller Fortschritte für einen großen Teil der Weltbevölkerung im 20. Jahrhundert müssen wir uns mit der vollkommen inakzeptablen Tatsache auseinandersetzen, dass Krieg, Armut und Umweltzerstörung weiterhin Billionen Menschen bedrohen. Aber Verwundbarkeit ist ein konstitutives Element des Menschseins. Die Verwundbarkeit und Schutzlosigkeit des Menschen sind die Vorbedingung für seine Fähigkeit zu Offenheit und Solidarität... Sie sind eine notwendige Voraussetzung für menschliche Sicherheit, der es nicht einfach darum geht, mich und das Meine zu verteidigen, oder uns und das Unsere... Die Anerkennung der Verwundbarkeit... führt zur Anerkennung der Sicherheit des Anderen, des Fremden, als meine – unsere gemeinsame Verantwortung. Anerkennung unserer eigenen Verwundbarkeit kann einen Wunsch nach Kooperation statt nach Konflikt entstehen lassen... Dieses doppelte Verständnis von Verwundbarkeit ermöglicht ein grundsätzliches Überdenken dessen, was Sicherheit wirklich meint. Heute reicht es nicht, mit einem Sicherheitskonzept zu arbeiten, das nur auf staatliche Souveränität bezogen ist.“

(VULNERABILITY AND SECURITY, Current challenges in security policy from an ethical and theological perspective, Prepared by the Commission on International Affairs in the Church of Norway Council on Ecumenical and International Relations, 2000, Übersetzung Antje Heider-Rottwilm)

Und Susanne Luithlen sagt dazu: „So schwer aushaltbar Ohnmacht angesichts von Gewalt und größter Not ist: Nichts spricht dafür, dass Gewalt das letzte Mittel ist, für das sie stillschweigend gehalten wird. Vielmehr befreit sie die, die sie ausüben von Ohnmachtsgefühlen, indem sie Komplexität reduziert und sich selbst und anderen Handlungsfähigkeit demonstriert. Diese Motive spielen wahrscheinlich bei allen Konfliktparteien eine Rolle, auch wenn solche Strukturähnlichkeiten für uns schwer zu akzeptieren sind.“

(http://www.forumzfd.de/sites/default/files/downloads/Impuls_6_Vorlage_Endfassung_geringe_Ausl%C3%B6sung.pdf, S. S. 16)

In dem Verständnis des verwundbaren Menschen – in seiner Beziehung zu Gott, seinem Aufeinander-Angewiesensein untereinander und mit der Schöpfung - wurzelt, so bin ich sicher, eine Spiritualität der Gewaltlosigkeit, die uns zu tiefer Frömmigkeit und zugleich globaler Solidarität herausfordert. In Jesu von Nazareth, der verwundbar blieb von seiner Geburt im Stall bis zur letzten Konsequenz, dem Tod am Kreuz, begegnet uns unsere eigene Verwundbarkeit und Ohnmacht – und die Hoffnung auf die Kraft der Gewaltfreiheit, die den Tod infrage stellt.

„Die Fähigkeit, anderen Sicherheit zu geben, geht einher mit unserer Fähigkeit, die eigene Hilflosigkeit anzunehmen, unsere Ohnmacht und unsere Grenzen, die Bestürzung darüber zu akzeptieren“, so Maria Biedrawa, von der ich zu Beginn gesprochen habe. Die Erkenntnis, dass Sicherheit letztlich allein in Gott zu finden ist, öffnet die Tür zu einem "Heiligen Raum", wo Gewaltfreiheit entstehen und echte Beziehungen gebildet werden können. (http://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2017/06/CP-PM-D_6-2016.pdf)

VI. Alternativen zu Gewalt

Wie ernst ist das Primat gewaltfreier Konfliktbewältigung gemeint?

Dazu passen die zunächst sehr schlicht wirkenden, vor einigen Jahren formulierten Gedanken des Friedensforschers Markus Weingardt:

„Herr Meier gibt 35.000 Euro für sein Auto aus. Nicht nur einmal, sondern jedes Jahr aufs Neue: 35.000 Euro für ein immer noch schöneres, schnelleres, stärkeres, sichereres Auto mit allen technischen Raffinessen. Gleichzeitig investiert Herr Meier rund 35 Euro in Bus- und Bahntickets und in sein Fahrrad. 35 Euro, jährlich, nun ja. Auf das Missverhältnis angesprochen, erklärt Herr Meier, dass er selbstverständlich ein überzeugter Verfechter und Förderer des Öffentlichen Personennahverkehrs und zudem ein leidenschaftlicher Fahrradfahrer sei; das Auto würde er natürlich nur im äußersten Notfall benutzen, ja, im Grunde wolle er es überhaupt nicht nutzen! Tatsächlich gebe er das viele Geld aus, um sein tolles Auto am liebsten nur in die Garage zu stellen. ÖPNV und Fahrrad hätten selbstverständlich absoluten Vorrang, denn Autofahren findet er eigentlich ganz und gar nicht gut!

Absurd? Unglaubwürdig? Nein, aktuelle Politik!

Rund 35 Millionen stehen jedes Jahr für den "Aktionsplan Zivile Krisenprävention" der Bundesregierung zur Verfügung. Gutes Geld, mit dem beispielsweise Friedensfachkräfte ausgebildet und in Konfliktgebiete entsandt werden, um dort Frieden und Versöhnung zu fördern, ohne Uniform und Waffen. Rund 35 Milliarden Euro hingegen beträgt der jährliche "Verteidigungshaushalt" der Bundesrepublik. Weitere Steigerungen in den kommenden Jahren sind bereits auf dem Weg, etwa um Kampfdrohnen zu entwickeln und anzuschaffen. Das Tausendfache für den "Aktionsplan militärische Konfliktbearbeitung"!

Doch dieselben Politiker, die diese Milliardenausgaben gutheißen, erklären im Brustton der Überzeugung, dass Krieg natürlich gar nicht gut ist!

Vielleicht erklären sie sogar, dass sich Frieden allein mit militärischen Mitteln nicht erreichen lasse; aber leider, leider müsse militärische Gewalt manchmal einfach sein, es ginge nicht anders, weil die anderen ... aber selbstverständlich immer nur als ultima ratio! Als allerletztes Mittel! Und sie preisen vollmundig die Wichtigkeit und den absoluten Vorrang gewaltloser Formen der Konfliktbearbeitung: Verhandlungen, Sanktionen, Druck und Drohung, und dann, naja, dann muss eben (militärisch) fühlen, wer nicht hören will, geht leider nicht anders ...“ (Markus A. Weingardt, Weltfremde Rüstungspolitik, <http://www.evangelisch.de/personen/dr-markus-weingardt>)

Auch wenn die Zahlen so heute nicht mehr zutreffen, das Grundproblem bleibt! Im Gegenteil: Wir sollen nun 2% unseres Bruttosozialproduktes für militärische Sicherheit ausgeben – so die NATO-Verpflichtung und –forderung.

Weingardt weiter:

„Dazu das Ergebnis wissenschaftlicher Arbeit: Die US-Wissenschaftlerinnen Erica Chenoweth und Maria Stephan haben in ihrer mehrfach preisgekrönten Arbeit "Why civil resistance works" über 300 Aufstände und Widerstandsbewegungen der letzten hundert Jahre untersucht.

Das Ergebnis ist überdeutlich: Gewaltlose Bewegungen haben eine etwa doppelt so hohe Erfolgsquote; die Zahl der Opfer und Schäden ist um ein vielfaches geringer; die Chance auf anschließende Demokratisierung zehn Mal höher; die Gefahr eines Rückfalls in die Gewalt hingegen nur halb so groß; und der Erfolg wird wesentlich schneller und natürlich kostengünstiger – also effektiver – erreicht, als dies in Fällen gewaltsamer "Konfliktbearbeitung" der Fall war. Das ist die empirische Realität. Wird sie von den "Realpolitikern" zur Kenntnis genommen? Wenn dem so wäre: Wie könnte man dann noch rechtfertigen, Tausendmal mehr für Militär anstatt für zivile Konfliktbearbeitung auszugeben?

Das Problem liegt im Denken, einem gewaltdominierten Denken. Solange das tolle teure Auto in der Garage steht, wird Herr Meier beim Aufziehen dunkler Wolken oder bei den ersten Regentropfen geneigt sein, eben doch das Auto statt des Fahrrads zu nutzen – natürlich nur "ausnahmsweise"! Das Auto in der Garage prägt sein Denken, seine Entscheidungen und sein Handeln. Und so prägt der Panzer in der Kaserne das Denken, und ebenso die Kampfdrohne, die sich auch von San Francisco oder Stuttgart aus ganz einfach über Afghanistan steuern lässt.

Man stelle sich vor, das Ausgabenverhältnis in Deutschland wäre umgekehrt: 35 Milliarden für zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung! Ein stehendes "Heer" von 180.000 Friedensfachkräften statt Bundeswehrsoldaten! Die könnten dann gut und gern in alle möglichen Krisengebieten der Welt entsandt werden. Was könnte damit alles geleistet werden!

Was wäre das für ein Zeichen: von Deutschland aus Frieden zu exportieren – statt Waffen und Soldaten!“

Dafür lohnt es sich als Gemeinde vor Ort und als Kirche bundesweit zu kämpfen.

Wenn stimmt, was die Friedensforschung sagt

- Dass blutige Konflikte immer im Zusammenhang mit dem Zerschlagen von Gemeinschaften entstehen, aus sozialen, wirtschaftlichen, ethnischen, religiösen Gründen, und immer wieder geschürt durch Einfluss, Macht und Gewalt von außen (z.B. wegen der Bodenschätze)
- dass, ein politischer Wechsel möglich ist, wenn 3,5% der Menschen sich aktiv am Widerstand beteiligen...
- dass gewaltfreie Aktionen nachhaltig sind,
 - weil viele Menschen beteiligt sind,
 - weil Menschen mit verschiedenen Fähigkeiten beteiligt sein können,
 - weil Frauen und ältere Menschen beteiligt sein können
 - weil es eine gemeinsame Vision geben kann

dann müsste es vor Allem darum gehen, dass Gemeinschaften gestärkt, ermächtigt werden, sich zu schulen, zu vernetzen...

Dann müsste das Konzept heißen:

- Aktive Gewaltfreiheit als Lebenshaltung in allen Bereichen lernen/lehren

- Einen nachhaltigen Lebensstil entwickeln (und die Rahmenbedingungen dafür politisch einfordern), der nicht anfällig macht für Korruption etc.
- Gendersensibilität einüben
- Gruppen bilden, die sich aufeinander verlassen können, je nach Kontext interkulturell/interreligiös
- Frühwarnsysteme entwickeln – gerade die Kirchen und Religionsgemeinschaften haben dazu alle Möglichkeiten
- Menschen ermöglichen, Erfahrungen in unterschiedlichen Kontexten/Regionen/Kulturen/Regionen zu machen, um interkulturelle Achtsamkeit und Demut im Blick auf die eigene Weltsicht zu entwickeln.

(S. dazu S. Luithlen in ihrer sehr aufschlussreichen Publikation: Unwirksam und hilflos? Zivile Konfliktbearbeitung als Handlungsprinzip in eskalierten Gewaltkonflikten, <https://www.ziviler-friedensdienst.org/sites/ziviler-friedensdienst.org/files/anhang/publikation/zfd-unwirksam-und-hilflos-19815.pdf>)

Schlusswort

In wenigen Tagen ist Reformationsfest.

Was heißt „500 Jahre Reformation“ angesichts der individuellen, gesellschaftlichen und globalen Herausforderungen für uns heute?

Die Mitgliederversammlung von Church and Peace im Juni diesen Jahres, zu der mehr als 80 Menschen aus 15 europäischen Ländern zusammen kamen, hatte das Thema ‚Reformation 2017: Befreit von Furcht - ermutigt zur Gewaltfreiheit‘.

Die Erfahrung des gnädigen Gottes befreite Martin Luther von seiner selbstzerstörerischen Furcht. Und Luther warnte zunächst 1522 davor, die Reformation mit Gewalt durchzusetzen. Schon vier Jahre später jedoch rühmte er ‚weltliche Schwertgewalt‘ als Werk der Liebe. So legitimierte er, dass statt Gewaltfreiheit Gewalt zur dunklen Seite der Reformation wurde.

Wenn Reformation die Erkenntnis bedeutete, dass Gott Gnade, Liebe, Barmherzigkeit ist und uns in die Freiheit ruft, dann gilt es, das durchzubuchstabieren und durchzuhalten bis in alle Bereiche menschlichen und gesellschaftlichen Lebens:

- Das bedeutet, Gottes Liebe, die sich in Jesus Christus für uns hingibt und damit verwundbar wird, anzunehmen.
- Das bedeutet, meine eigene Geborgenheit in Gottes Liebe und meine Verwundbarkeit als Mensch zu akzeptieren.
- Das bedeutet, falschen Mächten und Gewalten, falschen Sicherheiten und damit Gewalt als Mittel zu Schutz und Sicherheit abzusagen.
- Das bedeutet, Gewaltfreiheit in allen Bereichen zu leben - individuell, gesellschaftlich, global, ökologisch und sich politisch dafür einzusetzen.
- Das bedeutet, die befreiende Kraft des Evangeliums unter neuen, sozialen, kulturellen und politischen Umständen neu zur Geltung zu bringen.

Es geht darum, Befreiung des Glaubens, Befreiung des Menschen, Befreiung der Kirche, Befreiung der Welt und Befreiung der Schöpfung zusammenzudenken und weiter kreativ zu entfalten.

Es ist an der Zeit, dass die Kirchen den reformatorischen Glaubensschritt tun - hin zu in Gottes Liebe gegründeter Furchtlosigkeit - und damit hin zur Gewaltlosigkeit.